

Variante 2 - Müll

Stellungnahme der BiH-Fraktion zur Müllgebührensatzung des Kreises

Die Bürgerinitiative Holzland verfolgt das Ziel, unsere Bürger vor überhöhten Kommunalgebühren zu schützen. Dies steht im Mittelpunkt unseres Vereinszwecks. Als Fraktion sind wir in erster Linie nicht der Kreisverwaltung, sondern ausschließlich unseren Bürgern und Wählern im Saale-Holz-Kreis (SHK) verpflichtet. Wir verstehen den Landkreis als Dienstleister für unsere Bürger und sehen unsere Hauptaufgabe darin, die Verwaltung bei ihrer Aufgabenerfüllung zu kontrollieren.

Die vorliegende Satzung, die die geplanten Gebührenerhöhungen enthält, ist von der Verwaltung unter der Hauptverantwortung des Landrats erstellt worden, ohne die Kostenbelastung für die Bürger des Landkreises ausreichend zu berücksichtigen. Die Abfall- bzw. Müllgebühren belaufen sich bei der neuen Gebührenordnung insgesamt auf eine Mehrbelastung zwischen 126 und 97 Prozent. Dies ist inakzeptabel.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Satzung von der Verwaltung ohne vorherige Beratung über den Umfang der zu erbringenden Leistungen sowie ohne die Suche nach alternativen Anbietern und Entsorgungsformen entstanden ist. Bei der Ausschreibung wurde nicht ausreichend darauf geachtet, die Belastungen für die Bürger so gering wie möglich zu halten. Es wurde versäumt, Einsparpotenziale – auch innerhalb der Kreisverwaltung – zu identifizieren oder alternative Anbieter in Betracht zu ziehen und diese Vorschläge im Gremium des Kreistages zu beraten.

Die Kostensteigerung, die durch die allgemeine Teuerung verursacht wurde, war bereits im vergangenen Jahr bekannt. Leider wurde dieses Wissen aus wahltaktischen Gründen den Bürgern vorenthalten. Der Kreistag wurde gezwungen, die Auftragsvergabe zu beschließen und danach die Zwischenfinanzierung abzusichern. Der Kredit für die Zwischenfinanzierung wird Teil der Kosten der neuen Gebühren.

Die in der Beschlussvorlage des Landrates unterbreiteten Varianten zur Regelung der Gebührenerhöhung sind daher indiskutabel. Letztendlich bleibt es bei der benannten Gebührenerhöhung. Hier wird versucht, den Kreistag in seiner Entscheidung zu täuschen und das, was uns als Demokratie verkauft wird, als reelle Entscheidungsfreiraum zu präsentieren. Als Kreistagsmitglieder sollen wir einzig und allein die aus der Arbeitsweise und den damit verbundenen Kosten resultierenden finanziellen Belastungen der Bürger aus dem Kreishaushalt kompensieren.

Die Fraktion der Bürgerinitiative Holzland wird diesem Beschluss nicht zustimmen und fordert dessen Absetzung. Wir werden mit „Nein“ stimmen und hoffen, dass sich andere Kreistagsmitglieder unserer Ansicht anschließen, in der Hoffnung, dass nach einer Überarbeitung der Vorlage eine Kostenreduzierung für unsere Bürger und Wähler im Saale-Holz-Kreis möglich wird.